

# Frankenkredite brachten einen Verlust von 2,7 Millionen Euro

In Alberschwende bürgt die Gemeinde mit über zwölf Millionen Euro für drei Beteiligungen. Fremdwährungsrisiko sollte minimiert werden.

SONJA SCHLINGENSIEPEN

Eine Art Premiere feierten die Mitarbeiter des Rechnungshofes um Direktorin Brigitte Egger-Bargehr. Zum ersten Mal wurden nicht die Finanzen einer Vorarlberger Gemeinde sondern die Gebärung von drei ausgelagerten Gesellschaften unter die Lupe genommen. „Wir sind der Frage nachgegangen, welches Risiko sich für Alberschwende aus den Beteiligungen ergibt“, erklärte Egger-Bargehr.

Positiv fiel das Ergebnis bei der Prüfung des Biomasseheizwerks aus. Die Finanzen hatten sich – nicht zuletzt durch Förderungen von Bund und Land – gut entwickelt. Nachdem die Waldhackgutförderung 2014 ausgelaufen ist, seien nun weitere Abnehmer gefragt.

## Auf Zinsrisiko geachtet

Alles andere als positiv bewerteten die Prüfer die Vorgänge um die Gemeindeimmobiliengesellschaft. Über diese wurden in den vergangenen Jahren insgesamt neun Projekte mit einem Investitionsvolumen von 20 Millionen Euro abgewickelt. „Projekte wie etwa der Bau des Pflegeheims, der Schule oder auch des Gemeindeamts wurden sehr risikoreich finanziert“,

erläuterte die Rechnungshofdirektorin. Zum einen gebe es ein Zinsrisiko: Mit nur einer Ausnahme handle es sich um eine variable Verzinsung. Bei einer Laufzeit von 20 Jahren – dies ist in 90 Prozent der Fälle so – sei es allerdings durchaus möglich, dass der Zinssatz deutlich ansteigen könnte. Auch das Währungsrisiko sei groß: 80 Prozent der Objekte seien mit Frankenkrediten finanziert worden.

## Währungsrisiko missachtet

„Die Verantwortlichen haben nur auf das Zinsrisiko geschaut. Die Währung wurde zu wenig beachtet“, urteilte Egger-Bargehr. Trotz mehrjähriger Tilgung liegt das offene Fremdwährungskreditvolumen der Gesellschaft um fast 800.000 Euro über dem ursprünglichen Betrag. Bis Ende 2014 (gleichzeitig auch Ende des Prüfzeitraumes) sei allein durch den Kursverlust ein Minus von 2,7 Millionen Euro entstanden. Und natürlich habe auch die Entscheidung der Schweizer Notenbank im Jänner 2015, die Koppelung an den Euro aufzugeben, die Situation nochmals verschärft.

Wieder auf bessere Zeiten zu warten, sei zwar eine Lösung – jedoch nicht die beste. Auch ein sofortiger Ausstieg

würde nur dazu führen, die Verluste zu realisieren. „Wir empfehlen deshalb eine schrittweise Reduzierung des hohen Fremdwährungsrisikos“, sagte Egger-Bargehr. Gleichzeitig sollten die Verantwortlichen in Alberschwende über eine schrittweise Rückübertragung der Immobilien in den Gemeindehaushalt nachdenken. Die steuerlichen Vorteile der Gemeindeimmobiliengesellschaften sind weggefallen, inzwischen werden auch die ausgelagerten Einheiten in den Maastricht-Schuldenstand ein-

gerechnet. „Würden die Vermietungen aus dem Gemeindehaushalt kommen, würde die Umsatzsteuer wegfallen. Deswegen ist es sinnvoll zu prüfen, für welche Objekte diese Vorteile gelten würden.“

## Weiteres Sorgenkind

Auch die dritte geprüfte Gesellschaft, die Liftbetriebe, zählt zu den Sorgenkindern der Gemeinde. Die Anlagen aus den 60er-Jahren sind in die Jahre gekommen. Die Konzession für den Einer-Sessellift läuft im Jänner 2017 ab. Der Investi-



Bei den Liftbetrieben müssten 13 Millionen Euro investiert werden.